

## Parlamentarische Empfehlung Forderungen gegenüber der Schweizerischen Post

Frau Präsidentin,  
Meine Damen und Herren,

Es hat sich in den letzten Jahren gezeigt, dass politischer Druck kaum zur Erhaltung von Poststellen beitragen kann. Gefordert ist deshalb nun eine Verhandlungsstrategie gegenüber der Post, die dem Kanton Uri längerfristig wieder mehr Arbeitsplätze bringt.

Um die Stellenreduktionen in den Randregionen abzufedern, hat die Post seit den 90er-Jahren nach und nach betriebliche Einheiten ausgelagert und somit in den betroffenen Regionen neue Arbeitsstellen geschaffen. **Die Post betont, dass sie in den letzten Jahren viele Arbeitsplätze dezentralisiert habe, um auch ihre regionalpolitische Verantwortung wahrzunehmen** (Positionspapier 2015). Auch im GRI-Bericht 2016 erwähnt die Post, dass sie durch die Schaffung von Arbeitsplätzen in wirtschaftlichen Randregionen einen regionalpolitisch und volkswirtschaftlich bedeutenden Beitrag an die wirtschaftliche Entwicklung dieser Regionen leiste. Zu erwähnen sind beispielsweise die Operations Centers der Post Finance, die sich in Bulle (FR), St. Gallen, Netstal (GL), Münchenstein (BL), Luzern und Bellinzona (TI) befinden und insgesamt über 700 Arbeitsplätze in diese Regionen gebracht haben. Weiter wurden die Paketzentren nach Härkingen (SO), Daillens (VD) und Frauenfeld (TG) verschoben und brachten dort insgesamt fast 1'300 Arbeitsplätze. Die Videocodierung und Retourenverarbeitung wurde in Chur (GR) und Sitten (VS) aufgebaut und brachte diesen Regionen je mehr als 70 Arbeitsplätze. Die Briefsubzentren wurden zwischen 2007 und 2009 in Gossau (SG), Kriens (LU), Cadenazzo (TI), Genf, Basel und Ostermundigen (BE) aufgebaut und bringen diesen Regionen je 80 bis 120 Arbeitsplätze. Auch weitere teilweise kleinere Einheiten wie die zentrale Fundstelle in Chiasso (TI), der Kundendienst in Schaffhausen oder der Verkaufssupport in Visp (VS) haben diesen Regionen zusätzliche Arbeitsplätze beschert.

Seit Jahren schliesst die Post in der ganzen Schweiz Poststellen. Als Alternative werden häufig neue Postagenturen eröffnet, die dank neuer Technik ohne grössere Probleme in einem Dorfladen betrieben werden können. Alleine in den letzten zehn Jahren fielen schweizweit rund 1'700 Stellen weg. Mit einem Stellenrückgang von 17,53% in den letzten zehn Jahren ist der Kanton Uri einer der am stärksten betroffenen Kantone. Schweizweit beträgt die durchschnittliche Reduktion nur gerade 4.51%. Auf 100 Beschäftigte kommen heute schweizweit 1.12 Post-Mitarbeitende. Im Kanton Uri sind es lediglich 0.75 Mitarbeitende pro 100 Beschäftigte. Das heisst: **Die Post beschäftigt im Kanton Uri gemessen an der erwerbstätigen Bevölkerung deutlich weniger Personen als schweizweit und hat im Kanton Uri in den letzten zehn Jahren rund viermal mehr Stellen abgebaut als im schweizerischen Vergleich.** Es wäre deshalb an der Zeit, dass

auch der Kanton Uri von den dezentralen Arbeitsplätzen der Post profitieren könnte. Es gibt im Kanton Uri mehrere Industriegebiete, die noch Platz für eine Einheit der Post bieten würden und sich durch die zentrale Lage, die guten Verbindungen zum Rest der Schweiz, der Nähe zu einem Bahnhof und der Lage an der Autobahn auch optimal dafür eignen würden. Die Unterzeichnenden sind davon überzeugt, dass es auch heute noch Einheiten bei der Schweizerischen Post gibt, die künftig zur wirtschaftlichen Unterstützung einer Region und zur Abfederung von Stellenreduktionen ausgelagert werden können.

Gestützt auf Artikel 123 der Geschäftsordnung des Landrats (RB 2.3121) wird der Regierungsrat deshalb aufgefordert, gegenüber der Post folgende Forderung zu stellen:

**Die Schweizerische Post habe insbesondere im Falle von weiteren Stellenreduktionen und Poststellenschliessungen im Kanton Uri durch die Auslagerung einer Einheit neue Arbeitsplätze zu schaffen.**

Ich danke dem Regierungsrat auch im Namen des Zweitunterzeichners für eine wohlwollende Beantwortung und bitte darum, die Haltung der Unterzeichnenden im Rahmen der Verhandlungen mit der Post zu übernehmen.

Schattdorf, 13.03.2017

Erstunterzeichner



Flavio Gisler, CVP, Schattdorf

Zweitunterzeichner



Thomas Sicher, FDP, Altdorf